

## **V-1 Gemeinsam gegen Antisemitismus, für den Schutz jüdischen Lebens und ein offenes und solidarisches Berlin**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 09.11.2023  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Wir verurteilen den grauenhaften terroristischen Angriff der Hamas auf Israel,  
2 erklären uns solidarisch mit allen Opfern, ihren Angehörigen und Freund\*innen.  
3 Die Geiseln müssen freigelassen werden. Dieser brutale Angriff der Hamas vom 7.  
4 Oktober zeigt einmal mehr, dass die Existenz Israels bedroht ist. Das  
5 Existenzrecht ist für uns unverhandelbar, wir werden es verteidigen. Israels  
6 Sicherheit ist deutsche Staatsräson.

7 Israel hat das Recht zur Selbstverteidigung. Das Völkerrecht ist dafür Grundlage  
8 und Rahmen zugleich. Es ist menschenverachtend, dass die Hamas israelische  
9 Zivilisten und bewusst auch die eigene palästinensische Zivilbevölkerung in  
10 Geiselhaft nimmt und das Leben von tausenden Unschuldigen riskiert. Leidtragend  
11 ist nun die zivile Bevölkerung in Israel und den palästinensischen Gebieten.

12 In den vergangenen Wochen gab es auch in Berlin vermehrt Angriffe auf Jüdinnen  
13 und Juden und jüdische Einrichtungen. Es ist nicht hinnehmbar, dass in unserer  
14 Stadt Brandanschläge auf Gemeinden verübt werden, Hauseingänge antisemitisch  
15 markiert, Steine auf jüdische Krankenhäuser geworfen oder israelische Flaggen  
16 verbrannt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Jüdinnen und Juden in unserer  
17 Stadt nicht sicher sind, sich nicht trauen ihre Kinder zur Schule zu schicken.  
18 Jüdinnen und Juden in unserer Stadt haben das Recht hier ohne Bedrohungen und  
19 Verletzungen zu leben. Wir alle nehmen die Aufgabe an, jüdisches Leben in Berlin  
20 zu schützen. Nie wieder ist jetzt!

21 Auf verschiedenen Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen haben wir  
22 gemeinsam mit zehntausenden Berliner\*innen Zeichen der Solidarität mit Israel  
23 gesetzt. Wir haben gezeigt: Wir stehen fest an der Seite Israels und treten ein  
24 gegen jeden Antisemitismus. Umso unerträglicher waren für uns die Bilder, in  
25 denen in unserer Stadt die Gewalttaten der Hamas gefeiert und relativiert  
26 wurden. Wir verurteilen diese Verherrlichung der schrecklichen Taten und des  
27 Hasses aufs Schärfste.

28 Wir sind in großer Sorge um den gesellschaftlichen Frieden hier bei uns.  
29 Antisemitismus ist bis heute in vielen Köpfen tief verankert. Wir werden ihm in  
30 all seinen Formen und Facetten entgegentreten. Wer Antisemitismus jetzt als  
31 bloßes „Importproblem“ beschreibt, verharmlost den auch nach 1945 nie  
32 verschwundenen Antisemitismus in der Gesellschaft. Das ist verantwortungslos und  
33 geschichtsvergessen. Als Hauptstadt Deutschlands, in der einst der Holocaust  
34 geplant und gesteuert wurde, tragen wir besondere Verantwortung.

35 Zugleich sehen wir mit großer Besorgnis, wie sich andere Formen des  
36 Antisemitismus bei uns etabliert haben. Das gewaltverherrlichende Ausmaß bei  
37 islamistischen Demonstrationen in Berlin ist inakzeptabel und braucht eine klare  
38 politische Antwort. Diese braucht es auch, wenn in Teilen der politischen Linken  
39 Antisemitismus Einzug hält, sei es in der internationalen Klimabewegung, in  
40 antikolonialen oder antiimperialen Strömungen oder anderen linken Gruppierungen.

41 Mehr denn je ist jetzt notwendig, sich für die offene und solidarische  
42 Gesellschaft einzusetzen und Hass keinen Raum zu geben. Dabei kommt der  
43 Bildungs-, Aufklärungs- und Präventionsarbeit an unseren Schulen ein besonderer  
44 Stellenwert zu. Berliner Initiativen, die sich gegen Antisemitismus und  
45 Rassismus einsetzen und demokratische Aufklärungsarbeit leisten, müssen jetzt  
46 sofort vom Senat mehr Unterstützung erhalten. Die Koalition muss darüber hinaus  
47 die angekündigten Haushaltskürzungen für 2024 und 2025 in diesem Bereich nicht  
48 nur zurücknehmen, sondern die Mittel weiter verstärken und damit dazu beitragen,  
49 dass die gesellschaftliche Spaltung nicht weiter betrieben wird. Unsere Schulen  
50 müssen der Ort bleiben, wo über unsere Geschichte gesprochen wird, die  
51 Verpflichtungen, die daraus erwachsen und wo auch kritisch über die  
52 verschiedenen Perspektiven auf den Nahostkonflikt, die Kinder und Jugendliche zu  
53 Hause und über Social Media erreichen, reflektiert wird. Es sind schwierige  
54 Gespräche, aber sie müssen sein.

55 Wir haben in Berlin eine große palästinensische Community. Sie sind Teil unserer  
56 Gesellschaft. Auch sie haben das Recht auf Räume für ihre Trauer und politische  
57 Artikulation. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Friedliche  
58 Demonstrationen, die die zivilen Opfer in Gaza und andernorts betrauen und für  
59 eine friedliche Lösung des Konflikts werben, müssen zugelassen werden. Zugleich  
60 war und ist es richtig, dass Versammlungen, auf denen der Tatbestand der  
61 Volksverhetzung erfüllt wird, auf denen zu Gewalt aufgerufen, bzw. von denen aus  
62 Gewalt ausgeübt wird, oder solche Handlungen zu erwarten sind, aufgelöst, bzw.  
63 verboten werden. Der Umgang mit Demonstrationen ist derzeit eine schwierige  
64 Abwägungsfrage. Die Versammlungsfreiheit darf nicht pauschal und dauerhaft  
65 eingeschränkt werden. Die Opfer des Konflikts dürfen niemals verhöhnt und  
66 Antisemitismus und Hass nicht folgenlos verbreitet werden.

## **V-1 Gemeinsam gegen Antisemitismus, für den Schutz jüdischen Lebens und ein offenes und solidarisches Berlin**

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 03.11.2023

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Wir verurteilen den grauenhaften terroristischen Angriff der Hamas auf Israel,  
2 erklären uns solidarisch mit allen Opfern, ihren Angehörigen und Freund\*innen.  
3 Die Geiseln müssen freigelassen werden. Dieser brutale Angriff der Hamas vom 7.  
4 Oktober zeigt einmal mehr, dass die Existenz Israels bedroht ist. Das  
5 Existenzrecht ist für uns unverhandelbar, wir werden es verteidigen. Israels  
6 Sicherheit ist deutsche Staatsräson.

7 Israel hat das Recht zur Selbstverteidigung. Das Völkerrecht ist dafür Grundlage  
8 und Rahmen zugleich. Es ist menschenverachtend, dass die Hamas israelische  
9 Zivilist\*innen und bewusst auch die eigene palästinensische Zivilbevölkerung in  
10 Geiselhaft nimmt und das Leben von tausenden Unschuldigen riskiert. Leidtragend  
11 ist nun die zivile Bevölkerung in Israel und den palästinensischen Gebieten.

12 In den vergangenen Wochen gab es auch in Berlin vermehrt Angriffe auf Jüdinnen  
13 und Juden und jüdische Einrichtungen. Es ist nicht hinnehmbar, dass in unserer  
14 Stadt Brandanschläge auf Gemeinden verübt werden, Hauseingänge antisemitisch  
15 markiert, Steine auf jüdische Krankenhäuser geworfen oder israelische Flaggen  
16 verbrannt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Jüdinnen und Juden in unserer  
17 Stadt nicht sicher sind, sich nicht trauen ihre Kinder zur Schule zu schicken.  
18 Jüdinnen und Juden in unserer Stadt haben das Recht hier ohne Bedrohungen und  
19 Verletzungen zu leben. Wir alle nehmen die Aufgabe an, jüdisches Leben in Berlin  
20 zu schützen. Nie wieder ist jetzt!

21 Auf verschiedenen Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen haben wir  
22 gemeinsam mit zehntausenden Berliner\*innen Zeichen der Solidarität mit Israel  
23 gesetzt. Wir haben gezeigt: Wir stehen fest an der Seite Israels und treten ein  
24 gegen jeden Antisemitismus. Umso unerträglicher waren für uns die Bilder, in  
25 denen in unserer Stadt die Gewalttaten der Hamas gefeiert und relativiert  
26 wurden. Wir verurteilen diese Verherrlichung der schrecklichen Taten und des  
27 Hasses aufs Schärfste.

28 Wir sind in großer Sorge um den gesellschaftlichen Frieden hier bei uns.  
29 Antisemitismus ist bis heute in vielen Köpfen tief verankert. Wir werden ihm in  
30 all seinen Formen und Facetten entgegentreten. Wer Antisemitismus jetzt als  
31 bloßes „Importproblem“ beschreibt, verharmlost den auch nach 1945 nie  
32 verschwundenen Antisemitismus in der Gesellschaft. Das ist verantwortungslos und  
33 geschichtsvergessen. Als Hauptstadt Deutschlands, in der einst der Holocaust  
34 geplant und gesteuert wurde, tragen wir besondere Verantwortung.

35 Zugleich sehen wir mit großer Besorgnis, wie sich andere Formen des  
36 Antisemitismus bei uns etabliert haben. Das gewaltverherrlichende Ausmaß bei  
37 islamistischen Demonstrationen in Berlin ist inakzeptabel und braucht eine klare  
38 politische Antwort. Diese braucht es auch, wenn in Teilen der politischen Linken  
39 Antisemitismus Einzug hält, sei es in der internationalen Klimabewegung, in  
40 antikolonialen oder antiimperialen Strömungen oder anderen linken Gruppierungen.

41 Mehr denn je ist jetzt notwendig, sich für die offene und solidarische  
42 Gesellschaft einzusetzen und Hass keinen Raum zu geben. Dabei kommt der  
43 Bildungs-, Aufklärungs- und Präventionsarbeit an unseren Schulen ein besonderer  
44 Stellenwert zu. Berliner Initiativen, die sich gegen Antisemitismus und  
45 Rassismus einsetzen und demokratische Aufklärungsarbeit leisten, müssen jetzt  
46 sofort vom Senat mehr Unterstützung erhalten. Die Koalition muss darüber hinaus  
47 die angekündigten Haushaltskürzungen für 2024 und 2025 in diesem Bereich nicht  
48 nur zurücknehmen, sondern die Mittel weiter verstärken und damit dazu beitragen,  
49 dass die gesellschaftliche Spaltung nicht weiter betrieben wird. Unsere Schulen  
50 müssen der Ort bleiben, wo über unsere Geschichte gesprochen wird, die  
51 Verpflichtungen, die daraus erwachsen und wo auch kritisch über die  
52 verschiedenen Perspektiven auf den Nahostkonflikt, die Kinder und Jugendliche zu  
53 Hause und über Social Media erreichen, reflektiert wird. Es sind schwierige  
54 Gespräche, aber sie müssen sein.

55 Wir haben in Berlin eine große palästinensische Community. Sie sind Teil unserer  
56 Gesellschaft. Auch sie haben das Recht auf Räume für ihre Trauer und politische  
57 Artikulation. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Friedliche  
58 Demonstrationen, die die zivilen Opfer in Gaza und andernorts betrauen und für  
59 eine friedliche Lösung des Konflikts werben, müssen zugelassen werden. Zugleich  
60 war und ist es richtig, dass Versammlungen, auf denen der Tatbestand der  
61 Volksverhetzung erfüllt wird, auf denen zu Gewalt aufgerufen, bzw. von denen aus  
62 Gewalt ausgeübt wird, oder solche Handlungen zu erwarten sind, aufgelöst, bzw.  
63 verboten werden. Der Umgang mit Demonstrationen ist derzeit eine schwierige  
64 Abwägungsfrage. Die Versammlungsfreiheit darf nicht pauschal und dauerhaft  
65 eingeschränkt werden. Die Opfer des Konflikts dürfen niemals verhöhnt und  
66 Antisemitismus und Hass nicht folgenlos verbreitet werden.

## Unterstützer\*innen

Bettina Jarasch (KV Pankow), Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Sebastian

Walter (KV Tempelhof-Schöneberg), Sergey Lagodinsky (KV Pankow), Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick), Hannah Neumann (KV Lichtenberg), Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Stefan Gelbhaar (KV Pankow), Andreas Audretsch (KV Neukölln), Hanna Steinmüller (KV Mitte), Nina Stahr (KV Steglitz-Zehlendorf), Renate Künast (KV Tempelhof-Schöneberg)